SPD-Gemeinderats-Fraktion informiert:

Heringsessen am politischen Aschermittwoch

Dirmingen. Neben Hierscheid und Wiesbach hatte auch die SPD Dirmingen an Aschermittwoch zu ihrem traditionellen Heringsessen eingeladen. Viele interessierte Bürgerinnen und Bürger, Orts- und Gemeinderatsmitglieder konnte der Vorsitzende Frank Klein (links im Bild) herzlich willkommen heissen. Darunter waren auch (weiter im Bild nach rechts) der Ortsvorsteher von Dirmingen, Manfred Klein, die Landtagsabgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat Karlheinz Müller, der Parlamentarische Staatssekretär a.D. Hans-Georg Wagner, der Ortsvorsteher von Humes Edgar Kuhn, der Ortsvorsteher a.D. Günter Britz und Bürgermeister Winfried Franz aus Neukirchen/Oberpfalz.

Müller: Kommt das Großprojekt "Das Zentrum neu gestalten?"

Neben leckeren Heringen gab es auch interessante politische Informationen. Karlheinz Müller erklärte, dass die Politik die Möglichkeiten nutzen sollte, um die Lebensqualität zu verbessern. Gleichzeitig bedauerte er, dass zu wenig auf gute SPD-Vorschläge eingegangen wird. Er zählte Fehlentscheidungen auf, die deshalb von der SPD abgelehnt wurden.

Dazu zählen im Rahmen der Daseinsvorsorge die mit „energis" langfristig abgeschlossenen Verträge zur Energieversorgung. Schlecht ist es gewesen, dass sich unsere Gemeinde 20 Jahre vertraglich gebunden hat, wodurch lange Zeit nicht mehr eingegriffen werden kann, wenn sich anderweitig ein günstigeres Angebot ergibt.

Weil Wasser gespart wird, ist die SPD der Meinung, dass die Einführung des „Wassercents" überflüssig ist.

Die einmalige Chance, gemeinsam mit den Illtalgemeinden eigene Gemeindewerke zu gründen, sind nicht genutzt worden.

Ein Fehler ist auch der Verkauf unserer Aktien gewesen. Ein Teil des Erlöses ist in den „big Eppel" gesteckt worden, der uns heute jedes Jahr über 300.000 € kostet. Vor den Kommunalwahlen kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein weiteres Großprojekt unter dem Motto:

„Das Zentrum neu gestalten!"

auf uns zu. Eine millionenschwere Investition im Ortsteil Eppelborn, wobei die Frage offen bleibt, was in den anderen Ortsteilen investiert wird und was mit unseren Schulden geschieht, die sich mittlerweile auf über 30 Millionen € angehäuft haben und worüber sich unsere Kinder nicht freuen werden.

Schulschließung, leere Häuser, Geschäfte, Ortskernsanierung in Dirmingen, Sanierung des Bahnhofsvorplatzes pp. waren weitere Themen, die von Müller angesprochen wurden und einer Erledigung bedürfen.

Abschließend warb Müller darum, dass sich unsere Bevölkerung aktiver in das politischen Geschehen und damit zum Nutzen aller einbringt, um unser Leben besser zu gestalten.

Wussten sie schon,

dass lt. SZ vom 06.02.08 der Stadtrat Wadern sich mit der Einführung des **"Wassercents"** befasste?

Ein Beispiel **demokratischen** Verhaltens, weil sich dort der Rat mit der Problematik des Wasserverbrauches auseinandersetzte!

Das wurde in unserer Gemeinde durch die Mehrheitsfraktion verhindert. Böse, wer **"Parteitaktik"** dahinter vermutet. Im übrigen stimmte Wadern gegen den Cent.

Cornelia Hoffmann-Bethscheider, MdL:

80 gut funktionierende Grundschulen wurden geschlossen, wodurch auf dem Bildungssektor keine Besserung eingetreten ist außer, dass das dörfliche Leben darunter leidet und unsere Kinder jetzt umhergefahren werden.

Die Leidtragenden der Einführung des G8-Abiturs sind die Schüler, die unter Schulstress leiden. Ein Austausch des Bildungsministers und Stützunterricht reichen deshalb bei Weitem nicht aus.

Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik müssen miteinander vereinbar sein, wobei unsere Familien Zeit und **anständige** Jobs brauchen. Familienpolitik ist nicht nur auf Betreuungsplätze zu reduzieren. Wir brauchen lokale Bündnisse und frühe Hilfen für Familien. Dabei muss es auch deutliche Verbesserungen der Wohnsituation und Wohnumfeldes, der Bildung und Ausbildung sowie bei den Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche geben.

Viele Familien in Deutschland sind auf ein Kindergeld angewiesen, das nicht eingefroren werden darf.

SPD für eine Politik zum Nutzen aller